



Gläubigerbeteiligung ist eine Farce

Pressemitteilung von Michael Schlecht, 16. September 2011

"Die Euro-Regierungen haben sich von den Banken einmal mehr über den Tisch ziehen lassen", erklärt Michael Schlecht, Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE. "Die gestiegenen Kurse der von den Steuerzahlern garantierten Anleihen drücken den Beitrag der Banken zur Rettung Griechenlands. Denn für den Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen erhalten die Geldinstitute Top-Anleihen der EFSF." Schlecht weiter:

"Die Gläubigerbeteiligung, wie sie der Internationale Bankenverband den Regierungen diktiert hat, ist eine Farce. Die Berechnungen des Bankenverbandes, wonach die Banken auf 21 Prozent ihrer Forderungen gegenüber Griechenland verzichten, waren von Anfang an irreführend. Die Geldinstitute ermitteln ihren Beitrag aus der Differenz zwischen der hohen Verzinsung 30 jähriger Anleihen Griechenlands und der niedrigeren Verzinsung der EFSF. Sie unterschlagen dabei, dass ihr Geld bei einer Re-Investition in griechische Anleihen nicht sicher wäre. Zudem haben die deutschen und französischen Banken ohnehin bereits einen erheblichen Teil ihrer Anleihen an die EZB ausgelagert.

DIE LINKE tritt für eine geordnete Umschuldung Griechenlands ein. Eine geordnete Umschuldung erfordert die Entwaffnung der Finanzmärkte durch direkte Kredite einer öffentlichen Bank an Euro-Staaten sowie die öffentlich-rechtliche Kontrolle des Bankensektors. Darüber hinaus brauchen wir in Europa ein Aufbauprogramm, finanziert durch eine EU-weite Krisenabgabe für Millionäre, und keine weiteren Kürzungspakete, damit es nicht zu einer neuen Wirtschaftskrise kommt."